

Forschungsrat fordert deutliche Verbesserung der Universitäten-Finanzierung

Mehr Geld für Universitäten und Forschung, keine Aufteilung der Agenden des Wissenschaftsministeriums

Wien, 6. November 2013: „Bildung, Wissenschaft und Forschung müssen in der neuen Regierung endlich jene Bedeutung bekommen, die ihnen aufgrund ihrer Rolle bei der Zukunftssicherung unseres Landes zusteht“, fordert der Vorsitzende des Rates für Forschung und Technologieentwicklung, Dr. Hannes Androsch. Die in den derzeit laufenden Regierungsbildungsverhandlungen angedachte Aufteilung der Agenden des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMWF) auf andere Ressorts wäre daher ein schwerer Rückschlag für Österreich in seinen Bemühungen, in Europa in die Gruppe der *Innovation Leader* vorzustoßen. Die Trennung der Hochschulen von deren Forschung würde nicht nur zu einer Marginalisierung dieser Bereiche führen, sondern darüber hinaus auch bedeuten, dass die Universitäten künftig ihre Leistungsvereinbarungen mit mehreren Ministerien verhandeln müssen, verbunden mit dem Risiko, zwischen zwei Stühlen durchzufallen.

Der Forschungsrat ruft die Regierung daher in seiner aktuellen Empfehlung dringend dazu auf, die Option einer Aufteilung der ministeriellen Kompetenzen des Wissenschaftsressorts fallen zu lassen und statt dessen nicht nur ein klares Bekenntnis, sondern vor allem auch tatsächliches Engagement für Bildung, Wissenschaft und Forschung zu zeigen. Nur so können – so der stellvertretende Vorsitzende des Forschungsrates, Univ.-Prof. Dr. Peter Skalicky – „für diese Bereiche sowohl optimale Rahmenbedingungen geschaffen und eine angemessene finanzielle Ausstattung des Hochschul- und Wissenschaftssystems durchgesetzt werden.“

Verbesserung der Finanzierung der Universitäten und der Forschung

Einmal mehr verweist der Forschungsrat auch auf den Umstand, dass die bestehende Situation in der Finanzierung der Universitäten die positive Entwicklung dieses Sektors behindert. Die Empfehlung des Forschungsrates fordert daher eine deutliche Erhöhung der Universitätsbudgets, d.h. eine Aufstockung des General University Funds (GUF) um mindestens 260 Millionen Euro pro Jahr. Außerdem sollen die Universitäten die von der Bundes-Immobilien-Gesellschaft (BIG) verwalteten Eigentumsanteile an den

Rat für Forschung und
Technologieentwicklung

Pestalozziggasse 4 / D1
A-1010 Wien
Tel.: +43 (1) 713 14 14 – 0
Fax: +43 (1) 713 14 14 – 99
E-Mail: office@rat-fte.at
Internet: www.rat-fte.at

FN 252020 v
DVR: 2110849

von ihnen genutzten Immobilien übertragen bekommen und in der Folge die bisherigen Aufwendungen für Mietzahlungen an die BIG in der Höhe von ca. 240 Millionen Euro in den Universitätsbudgets verwenden.

Weiters ist es notwendig, auch die kompetitiven Forschungsanteile deutlich zu erhöhen. Hierbei kommt der wettbewerblichen Einwerbung von Forschungsmitteln über den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) für die internationale Entwicklung der Universitäten eine wesentliche Rolle zu. Die dazu notwendige Voraussetzung ist jedoch eine ausreichende Finanzierung des FWF. Gleichzeitig ist auch die Finanzierung der kooperativen und angewandten Forschungsförderung in der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) zu erhöhen.

Die Empfehlung fordert deshalb sowohl eine Anhebung des Budgets für grundlagenorientierte Forschung als auch für die angewandte Forschung um jeweils 200 Millionen pro Jahr.

Tragfähige Studienplatzfinanzierung und faire Zugangsregelungen

Der Forschungsrat sieht es als grundsätzlich positiv, dass die Zahl der Studierenden in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat. Waren es im Studienjahr 2001/02 noch 26.850 erstzugelassene StudienanfängerInnen, so begannen im Studienjahr 2006/07 bereits 33.515 Personen ein Studium, im Studienjahr 2011/12 waren es 44.452 Personen. Gleichzeitig blieben jedoch die Ausgaben pro Studierenden deutlich hinter dem Niveau anderer Länder zurück, eine klare Lösung zur Studienplatzfinanzierung konnte bis dato nicht gefunden werden. Die Empfehlung des Forschungsrates drängt daher auf die rasche Ausarbeitung einer tragfähigen Studienplatzfinanzierung auf Basis eines „sozial ausgewogenen Zusammenspiels zwischen Studienbeiträgen und Stipendiensystem“.

Zudem bedarf es der Entwicklung fairer Zugangsregelungen, welche die aktiv Studierenden unterstützen und sog. „Karteileichen“ vermeiden. Dies ist aus Sicht des Rates umso dringlicher, als die aktuelle Situation geprägt ist von unklaren Vorgaben seitens des Wissenschaftsministeriums und dementsprechend unterschiedlichen Umsetzungsmaßnahmen der Studieneingangsphase an den verschiedenen Universitäten.

Rückfragehinweis:

DI Dr. Ludovit Garzik – Geschäftsführer des Rates für Forschung und Technologieentwicklung
Tel. +43-1-7131414
E-Mail: l.garzik@rat-fte.at